



Stefan Scheil setzt sich für einen „neuen Realismus“ in der Zeitgeschichte ein.

Foto: Archiv

„Diese Zeitenwende wird weitergehen.“

Der Historiker Stefan Scheil spricht im FREILICH-Interview über die Bedeutung der Zeitgeschichte, die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf Europa.

INTERVIEW: ULRICH NOVAK

FREILICH: Sehr geehrter Herr Scheil, seit dem 30. Oktober 2021 sind Sie Vorsitzender der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI). Warum sollte uns Zeitgeschichte heute noch interessieren? Sollten wir nicht vielmehr „nach vorne“ sehen?

Stefan Scheil: Um es mit Nietzsche zu sagen: Der Mensch ist nun mal keine Kuh, die auf der Weide steht und in Augenblicken alles vergessen hat. Auch jene Menschen, die angeblich nur nach vorne blicken wollen, haben immer eine gewisse und meist sogar eine ziemlich bestimmte Vorstellung von dem, was angeblich hinter ihnen liegt. Geschichtsbewusstsein gehört zum Menschsein. – Wobei Nietzsche sicher etwas ungerecht gegenüber der Kuh gewesen ist ...

In den vergangenen Jahren wurde die ZFI nach außen hin kaum noch wahrgenommen. Welche Pläne haben Sie als Vorsitzender der ZFI, um das zu ändern?

Grundsätzlich wird die ZFI bei ihrem Tagungsrythmus bleiben bzw. diesen wiederherstellen und zweimal im Jahr je eine Herbst- und Frühjahrsveranstaltung anbieten. Das geographische Zentrum wird Ingolstadt bleiben, allerdings kann ich mir auch Veranstal-

tungen an anderen Orten vorstellen. Es ist auf jeden Fall geplant, diese Präsenzveranstaltungen durch Angebote im Netz zu ergänzen, also etwa Vorträge aufzuzeichnen oder gleich als Livestream anzubieten. Dabei werden wie gewohnt Themen zur Zeitgeschichte im Mittelpunkt stehen, wobei der Begriff „Zeitgeschichte“ etwas weiter gefasst werden soll. Auch die Geschichte der Bundesrepublik und allgemein Nachkriegsdeutschlands ist mittlerweile Zeitgeschichte. Auf der nächsten Tagung Ende November werden wir auch einen Vortrag zur Gründungsgeschichte der Grünen auf dem Programm haben.

Sie legten kürzlich mit „Der deutsche Donner“ eine Schrift zum schwierigen Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte vor.

Auch in Ihren anderen Arbeiten wagen Sie sich in aller Regelmäßigkeit auf das verminte Gebiet der jüngeren deutschen Geschichte. Warum tun Sie sich das an? Was gibt es dort noch zu holen?

Da gibt es einiges „zu holen“, um diese Formulierung einmal aufzunehmen. Heutige Vorstellungen von der älteren wie der neueren deutschen Nationalgeschichte sind oft völlig abwegig, werden aber zugleich als Begründung für aller-

hand politische Grundhaltungen herangezogen. Eine große Rolle spielt dabei die Idee von Deutschland als „verspätete Nation“, die es erst seit 1871 geben würde und aus Sicht bundesrepublikanischer Geschichtsdeutung eine Art Irläufer gewesen sei. In diesem Sinn hat sich ja zum Beispiel vor kurzem der Bundespräsident geäußert.

Tatsächlich lässt sich die deutsche Geschichte der Jahre 1796-1946 auf politischer Ebene eher als eine des politischen Aufstands gegen die von außen erzwungene Auflösung der traditionellen staatlichen Nation lesen, die sich 1806 mit dem faktischen Ende des damaligen Reiches ereignet hat. Von dieser Perspektive aus erschließen sich auch die Ereignisse der Weltkriegsära besser. Das gilt sowohl für wissenschaftliche Spezialfragen rund um die Kriegsausbrüche von 1914 und 1939, als auch ganz allgemein. In den damaligen Hauptstädten der Weltpolitik hatte die Idee einer Wiederauferstehung Deutschlands als eigene Macht in Zentraleuropa wenig Freunde, vorsichtig gesagt. Manche Fragen heutiger Politik lassen sich besser verstehen, wenn dieser Teil der Geschichte im Blick behalten wird.

Spätestens seit den Coronamaßnahmen wissen wir: Es gibt Wissen-

schaft und Wissenschaft. Oppositionelle haben auch hier nichts zu melden. Sie werden medial kaltgestellt, politisch verfolgt, ihre Lehre wird gecancelt. Wie steht es eigentlich um die Geschichtswissenschaft in Deutschland?

Leider gibt es in sehr vielen Fachbereichen einen starken Trend zur gesellschaftlichen Einheitsmeinung, die dann keine abweichenden Ansichten und Forschungsergebnisse mehr erträgt. Corona ist in der Tat ein gutes Beispiel. In der deutschen Zeitgeschichtswissenschaft gibt es diesen Trend seit dem „Historikerstreit“ der 1980er Jahre ganz offen. Seither wird die deutsche Nationalgeschichte auch im Fach selbst immer mehr politisch skandalisiert, aus jedem internationalen Zusammenhang gerissen und in die „Unvergleichbarkeit“ gedrückt. Der Hinweis auf teilweise noch so simple Sachverhalte - wie den der polnischen Mobilisierung im Frühjahr 1939, die zeitlich der deutschen voranging - gilt dann oft als unerwünschte „Relativierung“. Die damaligen Protagonisten des Historikerstreits hatten sich deshalb auch von jeder Verurteilung diktatorischer Systeme wie der stalinistischen Sowjetunion verabschiedet. Unabhängig davon gab es aber einen allgemeinen Trend, alles unter „Sozialgeschichte“ verschwinden zu lassen und die klaren Fragen, wer nun eigentlich wem den Krieg erklärt hat und warum, oder wer wen zum Zeitpunkt X militärisch bedroht hat, nicht mehr zu stellen. Natürlich wird das nicht ewig so bleiben, insofern bin ich da grundsätzlich optimistisch, was die Zukunft tatsächengerechter und realistischer Geschichtsschreibung angeht.

Aus der Geschichte gelernt zu haben, schreiben sich heute sowohl die Befürworter als auch die Gegner eines Kriegseinsatzes gegen Russland auf die Fahne. Auch Sie haben in der Ukraine-Frage „Flagge gezeigt“, wie man heute sagt. Was haben Sie also aus der Geschichte gelernt?

Der Kern des Aufgabenbereichs der Historiker liegt natürlich in der Erforschung dessen, was passiert ist, nicht in Vorgaben dafür, was passieren soll.

Immerhin zeigen sich bei der Analyse von internationaler Politik beispielsweise oft wiederkehrende Strukturen, aus deren Beobachtung sich vielleicht Tipps für künftiges Verhalten ableiten lassen. So haben sich aus deutscher Perspektive seit dem Ende des 18. Jahrhunderts immer wieder ähnliche Koalitionen gefunden, die eine deutsche Rolle als Hauptakteur der europäischen Politik ungenutzt sahen oder aktiv bekämpften. Andererseits blieben deutsche Bemühungen vergeblich, in der Ära zwischen 1796 und 1946 erstrangige Verbündete auf Augenhöhe zu finden. An Versuchen dazu hat es vor allem gegenüber Großbritannien und Russland nicht gefehlt. Beide Staaten winkten ab und konnten sich allenfalls eine zweitklassige Rolle Deutschlands als abhängigem Verbündeten in eigenen Konflikten vorstellen. Zuletzt hat das der sowjetische Außenminister im November 1940 in Berlin nochmal überaus deutlich gemacht und entsprechende deutsche Angebote geradezu verhöhnt.

Wenn aus diesen Verhältnissen aktuell noch etwas gelernt werden kann, dann sicher, dass die deutsche Politik nicht freiwillig wieder in eine Alleinsituation begeben sollte, sondern zielstrebig auf eine echte europäische Gemeinschaft von Nationalstaaten hinarbeiten sollte, wie sie heute nach dem Zerfall des russisch-sowjetischen Herrschaftsbereichs 1989-92 prinzipiell möglich ist. Zu einer solchen Gemeinschaft gehört auch die Ukraine, deren östlicher Teil und die Krim ebenso wie das Baltikum, Finnland und der Großteil Polens von Russland erst im 18. Jahrhundert erobert wurden. Es ist in deutschem Interesse, dass dieser russische Dauerdruck der letzten dreihundert Jahre nicht wiederkehrt. Ich fühlte mich verpflichtet, aus Anlass des Ukraine-Krieges darauf deutlich hinzuweisen. Für stattdessen derzeit viel diskutierte deutsch-russische Bündnisse auf Augenhöhe fehlt auch heute die Basis. Davon abgesehen gehen sie oft von illusorischen Vorstellungen über eine angeblich deutsch-russische Freundschaft aus, die historisch gesehen nie existiert hat.

Wirtschaftskrise, Eurokrise, Migrationskrise, Corona, Energiekrise, Inflation, Ukrainekrieg – seit 15 Jahren taumeln Europa und die

Nationalstaaten von einer selbstgemachten Krise in die nächste. Ist das die Fortsetzung einer Zerfallstendenz, die mit dem Ersten Weltkrieg begonnen hat, oder erleben wir eine Zeitenwende?

Ich zweifle an dem Satz, diese Krisen seien alle selbstgemacht. Man sollte zur Kenntnis nehmen, dass Europa seit vielen Jahrzehnten weltpolitisch relativ an Bedeutung verliert. Andere Regionen der Welt haben sich wirtschaftlich und demographisch in dramatischem Umfang weiterentwickelt, haben sich industrialisiert und auch stark anti-westlich ideologisiert. Namentlich China und der islamische Raum akzeptieren den Stellenwert der westlich-europäischen Kultur ganz grundsätzlich nicht mehr. Dafür hat die europäische Selbstzerfleischung der Weltkriegsära die letzte Grundlage geschaffen, und es ist kaum zu sehen, welche Politik das nach 1945 grundsätzlich hätte ändern können. Das ist eine Zeitenwende, die jeden Tag stattfindet. Sie ist insofern noch ganz gut verwaltet worden, als der absolute Wohlstand in Europa trotz allem im gleichen Zeitraum noch etwas gewachsen ist. Viele Europäer glauben daher wohl immer noch, sie müssten oder könnten davon etwas abgeben, um die Welt zu retten, in der Europa in der „Tagesschau“-Karte immer noch so groß und zentral erscheint.

Diese Zeitenwende wird aber weitergehen, darauf sollte sich jeder einstellen, und endlich entsprechende Maßnahmen ergreifen, die Identität Europas und seiner Völker wieder zu verteidigen. Das ist auch möglich, allerdings nicht unter einer EU-Funktionselite, die genau diese Identität als Hindernis betrachtet und auflösen will. Hier gibt es tatsächlich einen grundsätzlichen Konflikt.

In einem Beitrag für die „Junge Freiheit“ schreiben Sie: „Langfristig sollten die deutsche und die europäische Politik darauf hinarbeiten, dass sowohl die Russische Föderation als auch die USA in einem Europa der Vaterländer keine militärisch-strategische Rolle mehr spielen.“ Jetzt mal Hand auf's Herz: Europa scheint heute von einer Einigung weiter entfernt

denn je. Dazu haben wir eine wachsende grüne Bourgeoisie, deren „Wokeness“ die des mondänen US-Demokraten-Establishments in den Schatten stellt. Wie soll so ein Europa sich insbesondere vom Westen unabhängig machen?

Wie im Beitrag gesagt, sollte die Politik darauf hinarbeiten. Auch dies ist eine Beschreibung des Wünschenswerten und es gibt keine Garantie für dessen Umsetzbarkeit. Allerdings gilt hier ebenfalls die historisch begründete Ansicht, dass weder gegen die Physik, noch gegen den gesunden Menschenverstand, noch gegen Fakten wie Demographie und Wirtschaft auf Dauer Politik gemacht werden kann. Da die „Woken“ dies gerade alles zusammen versuchen, wird ihnen keine lange Dauer beschieden sein. Natürlich können sie vorher noch sehr viel Schaden anrichten. Europa ist aber weiterhin als Kontinent ein wirtschaftliches und demographisches Schwergewicht auf der Welt, das im Prinzip ein politisches werden kann.

Ein Wort zu Europa: Darüber scheiden sich gerade rechts der Union die Geister. Ihr Kollege David Engels bevorzugt den Begriff Abendland. Was verstehen Sie darunter? Halten Sie den Begriff für die deutsche Rechte anschlussfähig?

David Engels versucht ja, den etwas komplizierten Begriff „Hesperialismus“ politisch zu beleben. Gemeint ist eine Art kulturell begründeter gesamteuropäischer Nationalstolz, der auch die christliche Vergangenheit mit einbezieht, aber nicht religiös im Sinn von gläubig sein muss. Die Bezeichnung „Abendland“ ist da näher an der christlichen Religion und vielleicht etwas antiquiert. Ohne Rückgriff auf die antiken oder keltisch-germanischen Traditionen kann eine europäische Identität nicht gewonnen werden. Was die „deutsche Rechte“ angeht, halte ich sämtliche dieser Begriffe und andere mehr für anschlussfähig, einfach schon deshalb, weil diese Rechte derart heterogen ist, dass man kaum von einer Einheit sprechen kann. Auch Europa ist als europäische Union oder Gemeinschaft ja in jedem Fall sehr heterogen. Man wird lernen müssen, trotzdem handlungsfähig zu werden.

Kommen wir noch einmal auf die ZFI zurück: Der bayerische Inlandsgeheimdienst nahm die ZFI 2019 in seinen Bericht auf. Sie klagten erfolgreich dagegen. Doch der Verfassungsschutz agiert immer aggressiver gegen rechte Oppositionelle. Glauben Sie, dass Ihr juristischer Erfolg den Verfassungsschutz dauerhaft in seine Grenzen weist?

An dem Punkt muss man klar sagen, dass die ZFI ihrem Anspruch und ihrer Tätigkeit nach keine „rechte Opposition“ ist. Deshalb habe ich den Vorsitz übernehmen können, denn meine Publikationen sind selbstverständlich ebenfalls nicht als politische Opposition gedacht, sondern als wissenschaftlicher Beitrag. Ob nun beispielsweise der deutsche Angriff auf Russland 1941 ein Präventivkrieg war, ist eben nicht die politisch-apologetische Frage, zu der eine stark linksorientierte Medien- und Wissenschaftslandschaft sie seit Jahrzehnten machen will, um sie nicht diskutieren zu müssen. Es ist eine wissenschaftliche Frage, die mit den Methoden der Geschichtswissenschaft auch klar mit Ja beantwortet werden kann. Das Bewusstsein dafür muss sich allerdings erst einmal wieder in breiteren Schichten einstellen. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Der Verfassungsschutz wird sich vor diesem Hintergrund durch seine Niederlage erst einmal nicht davon abhalten lassen, seinen Kurs der Verdächtigung von Sachfragen als Medium für Verfassungsgegnerschaft fortzusetzen. Davon ist auszugehen, das passiert ja auch im parteipolitischen Bereich fortlaufend.

Sie sind nicht nur als Historiker und Publizist tätig, auch politisch engagieren Sie sich in der AfD und ihrem weiteren Umfeld. Haben Sie ein Faible für verlorene Posten?

Jedenfalls habe ich kein Faible dafür, einige der Gesslerhüte der heutigen Zeit zu grüßen. Ob man deshalb auf verlorenem Posten steht, daran melde ich starken Zweifel an, nicht nur weil es eine Zeitenwende geben wird.

Vielen Dank für das Gespräch!

STEFAN SCHEIL

wurde 1963 in Mannheim geboren und absolvierte später ein Studium der Philosophie, Soziologie und Geschichte. Er ist Historiker und Publizist mit Schwerpunkt auf die Internationalen Beziehungen in der Ära der Weltkriege sowie Antisemitismus- und Holocaustforschung. Seit 1999 veröffentlichte Scheil zahlreiche Bücher zu diesen Themen. 2005 erhielt er den Gerhard-Löwenthal-Preis und 2014 den Historikerpreis der „Erich und Erna Kronauer“-Stiftung.

Homepage: stefan-scheil.de
Twitter: twitter.com/ScheilDr